

10 Nummern S 1-20
Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-
Konto Nummer 119.471

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
(OPPOSITION)

Erscheint vierzehntägig
Redaktion und
Administration:
III., Mohrgasse 35/27a
Telephon Nr. 86 - 8 - 23

Wien, Anfang Mai 1928

Nr. 29

MAI-AUFRUF!

Arbeiter!

Mit Millionen Toten, Millionen Krüppeln, Milliarden Kriegslasten hat das Weltproletariat den Krieg der Kapitalisten bezahlt. Unausgesetzt steigt die Ausbeutung der Arbeiter in allen Ländern, immer weuer vorgetrieben durch die kapitalistische Rationalisierung. Berausender Reichtum ergießt sich über die Bourgeoisie, während Millionen ohne Arbeit, ohne Brot verkümmern und die Reallöhne immer tiefer sinken.

Und dennoch: Ueberall rüsten die kapitalistischen Nimmersatte, um die Arbeiter blutig niederzuschlagen und noch tiefer zu drücken; überall rüsten sie zu neuem Krieg, zum Krieg vor allem gegen Sowjetrußland.

Wohl hat die Politik Stalins zur Entartung geführt, die ihren schärfsten Ausdruck findet in der Verbannung der besten Revolutionäre mit Trotzky an der Spitze. Mit wachsender Besorgnis verfolgen die Arbeiter der ganzen Welt die Vorgänge in Rußland. Aber trotz aller Entartung, noch immer ist

Sowjetrußland, in dem die klassenbewußten Arbeiter bewaffnet sind, ein proletarischer Staat, den alle Arbeiter bedingungslos in ihrem eignen Interesse verteidigen müssen, im Frieden und im Krieg!

Baut nicht auf die Wahlen in Frankreich, Deutschland, England. Kein Stimmzettelsieg bricht den Kriegswillen, bricht die Macht der Kapitalisten.

Nur der revolutionäre Kampf erzwingt Besserung Eurer Lage, nur der revolutionäre Kampf bricht die Herrschaft der Bourgeoisie und richtet auf die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter gestützt auf das Bündnis mit den Kleinbauern zum Aufbau des Sozialismus.

Arbeiterinnen!

Am 1. Mai vorigen Jahres habt Ihr den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie gefeiert. Dann kam trotz des Stimmzettelsieges —

der 15. Juli.

Und dennoch nährt in Euch die Sozialdemokratie Wahlillusionen.

Ja, sie schreitet von Wahlsieg zu Wahlsieg. Aber die Bourgeoisie bewaffnet immer stärker ihren Staats- und Faschistenapparat, baut aus den Betriebsfaschismus und entwarfnet immer vollständiger das Proletariat, ohne Widerstand der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie rüstet zum Bürgerkrieg sie hofft aus zu einem zweiten, noch blutigeren Juli.

Und Hand in Hand damit wächst auch in Oesterreich die kapitalistische Rationalisierung, steigt die Ausbeutung, sinkt die Lebenshaltung der Arbeiter.

Laßt Euch nicht blenden durch das Wachstum der Sozialdemokratie:

die Sozialdemokratie wächst — das Proletaria sinkt!

Sinkt an Macht und Lebenshaltung.

Die Sozialdemokratie wächst: aber nicht für die Arbeiterschaft, sondern für das Kleinbürgertum, das in ihr dominiert und gewerkschaftlich die Arbeitsgemeinschaft, politisch die Koalition pflegt mit den Kapitalisten und sie jetzt zu krönen sucht durch die Koalitionsregierung. Als ob irgendwann die Bourgeoisie ein Bündnis eingehen würde zum Nutzen der Arbeiter!

Die Sozialdemokratie von heute ist eine kleinbürgerliche Volkspartei, in der die Arbeiter

Werkstätige!

beiter den großen Schwanz, den Kopf aber das Kleinbürgertum bildet. Die alte Sozialdemokratie besteht nicht mehr. Was der Arbeiterklasse heute fehlt, ist die proletarische Klassenpartei. Sie aufzubauen ist die unumgänglichste Aufgabe der Arbeiter.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Den Weg zu Eurem wirklichen Aufstieg, Ihr könnt ihn überhaupt nicht öffnen, bevor Ihr nicht Eure allerentscheidendste Aufgabe in Angriff nehmt:

den Aufbau Eurer Klassenpartei.

Die Reform der Sozialdemokratie ist unmöglich: Jede proletarische Opposition muß und wird scheitern, weil das Kleinbürgertum sie aus der Partei hinausdrängen wird statt das Parteisteuer sich aus der Hand nehmen zu lassen.

Die proletarische Klassenpartei kann und wird geschaffen werden durch die Vereinigung aller Kommunisten auf den Bahnen, die Lenin gewiesen, die Stalin verlassen hat, denen die kommunistische Opposition unter Führung Trotzky's wieder den Durchbruch erkämpfen wird.

Bahnbrechen der proletarischen Klassenpartei, der wirklichen, der leninistischen kommunistischen Massenpartei, das ist die Aufgabe der kommunistischen Opposition.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Durch all Eure Sorgen, durch all Euer Elend rufen Euch am 1. Mai Eure Lebensinteressen, Eure Klasseninteressen zu: Schafft Euch das Hauptinstrument zu Eurem Kampf um Freiheit aus Knechtschaft und Ausbeutung, zum Kampf um den Sozialismus! Schafft Euch Eure proletarische Klassenpartei!

Gegen die imperialistische Kriegsgefahr! — Für die bedingungslose Verteidigung Sowjetrußlands!

Gegen den Faschismus! — Für die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Organisationen! Für die Bewaffnung des Proletariats!

Gegen die kapitalistische Rationalisierung! Gegen Verelendung, Lohndruck, Arbeitslosigkeit, gegen jede Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetze! Für höhere Reallöhne, für den Achtstundentag, für Arbeit und Brot den Arbeitslosen, für den Mieterschutz, für eine menschenwürdige Altersversicherung, für dauernden Pächterschutz!

Gegen die Rechtsbürgerblockregierung! Gegen eine Koalitionsregierung! — Für den revolutionären Klassenkampf fortgeführt bis zur Aufrichtung und Behauptung der proletarischen Diktatur zum Aufbau des Sozialismus!

Für die Rückberufung der verbannten Kommunisten! Für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kommunisten! Für die Vereinigung aller Kommunisten auf dem Boden Lenins in einer leninistischen kommunistischen Partei, in einer leninistischen kommunistischen Internationale!

Für die Schaffung der proletarischen Klassenpartei!

Der Parfeivorstand der Kommunistischen Partei Österreichs (OPPOSITION).

Heraus zur 1. Mai-Feier

am Dienstag, den 1. Mai 1928, in Badlehner's Garten und Saallokaltäten XVI., Ottakringerstraße Nr. 223. — Saal und Garteneröffnung um 3 Uhr nachmittags. Eröffnung durch Festrede, gehalten von Gen. Josef Frey. Großes künstl. Programm.

Aufführung einiger packender lebender Bilder. — Rezitationen. — 16 Mann starke Musikkapelle. — Eintritt im Vorverkauf S 1.— an der Kassa S 1.20

Der Sinn der gegenwärtigen Lohnkämpfe.

Warum verschweigen die Gewerkschaften die Wahrheit.

In einer ganzen Reihe von Branchen ist es den Gewerkschaften gelungen, Lohnerhöhungen herbeizuführen. So ohne Kampf in der graphischen Industrie, in der landwirtschaftlichen, in der Holzindustrie. So nach Kampf in der Schwachstrom-Auto- und Karrosserie- sowie in der Starkstromindustrie, in der Versicherungsbranche, in der Damenschneiderei und den Metallgießereien.

Durchschnittlich wurden in diesen Branchen die Geldlöhne um fünf Prozent erhöht.

Ist das eine Besserung? Ja und doch nein!

Ja: 5 Prozent sind besser als nichts.

Nein: Denn während sie Dir 5 Prozent mehr in Geld geben, hat Dich die Kapitalistenklasse schon um das Mehrfache geprellt und werden Dich nun um noch mehr prellen.

Rechne seit der letzten Lohnerhöhung: Um wie viel sind die Preise geklettert; um wie viel Lohn haben Dich in dieser Zeit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gebracht; um wie viel wurde seither Deine Arbeitsleistung gesteigert!

Und rechne, daß Du jetzt durch längere Zeit mit diesem Lohn auskommen sollst: Die Preise steigen weiter; Deine Arbeitsleistung wird weiter gesteigert und während dieser Zeit wirst Du oder einer Deiner Angehörigen wahrscheinlich von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit nicht verschont bleiben!

Ein ununterbrochen geradliniges Senken der Reallöhne würde die Arbeiter rebellisch machen. Freiwillig gibt die Kapitalistenklasse nicht einmal 5 Proz. Aber sie geben sie schließlich her, weil sie als weiße Salbe einen sehr guten Dienst leisten: Das fort-

schreitende Senken der Reallöhne zu verhüllen durch kleine Steigerungen der Geldlöhne.

Den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften bietet diese Methode die erwünschte Möglichkeit, sich vor den Arbeitern mit »Erfolgen« ausweisen zu können. Sie dürfen der Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, daß die Reallöhne sinken trotz dieser »Erfolge«. Denn sonst würde die Arbeiterschaft bald entdecken, daß die ganze reformistische Gewerkschaftspolitik darauf hinausläuft, den Kapitalismus zu stabilisieren und den kapitalistischen Rationalisierung Bahn zu brechen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind nun in der Lage, den Arbeitern eine gewisse (der äußeren Form nach) Aktivität vorzuführen, was ihnen die erwünschte Gelegenheit bietet, die sich innerlich vom Reformismus entfernenden Arbeiter wieder näher an sich heranzuziehen. Den schweren Enttäuschungsprozeß, den die Arbeiter mit dem Reformismus erleben, zu ihrer revolutionären Klärung umzuwerten,

das wäre die Aufgabe einer ersten kommunistischen Partei. Eine solche besteht in Oesterreich noch nicht. Darum kann sich gerade in Oesterreich der Reformismus so ungehindert austoben und seine Manöver spielend durchführen.

In der Frühzeit des Kapitalismus drückten die Unternehmer die Löhne immer tiefer unter den Wert der Arbeitskraft. Die Arbeiter schufen sich Gewerkschaften, um die Löhne auf die Höhe des Wertes der Arbeitskraft zu bringen und sie dort zu halten. Das war und ist die Aufgabe der Gewerkschaften im Rahmen des Kapitalismus. Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften erfüllen nicht einmal diese Aufgabe mehr, obwohl sie

sich bewußt im kapitalistischen Rahmen halten.

Der heutige Kapitalismus hält sich durch sinkende Reallohn (auch die amerikanischen Reallohn sinken!). Höhere Reallohn kann sich die Arbeiterschaft nur mehr erkämpfen durch revolutionären Sturz der kapitalistischen Herrschaft und Aufrichtung der proletarischen Herrschaft zur Umorganisation der Produktion und Verteilung nach proletarischem Bedürfnis. Auch vom reinen Lohnstandpunkt aus ist die Umstellung der Gewerkschaften auf die revolutionäre Kampf- und Organisationsmethodik unumstößliches Erfordernis für die Arbeiterschaft.

Was lehrt die Wahl in Frankreich?

Die kapitalistische „Demokratie.“

Vor kurzem haben in Norwegen die Kapitalisten die norwegische »Arbeiterregierung« gestürzt mit der einfachen Drohung, die Valuta zu ruinieren. — Jetzt haben in Frankreich die Kapitalisten angedroht: entweder Wahl der kapitalistischen Parteien — oder wir ruinieren den Franken. Resultat: Ruck nach rechts.

Solang die Bourgeoisie über die Mittel der Produktion, der Verteilung und die Waffen verfügt, kann sie ihre Diktatur am besten ausüben in der Form der bürgerlichen »Demokratie«. Die sozialdemokra-

tische Lehre: »Wir werden die Macht mit dem Stimmzettel erobern«, erweist sich als größte Illusion und zugleich als das beste Mittel, das Proletariat zu Gunsten der Kapitalistenklasse einzulullen. Demokratie, ja! — aber die Voraussetzung dazu ist: das Proletariat muß der Kapitalistenklasse die Verfügung über die Waffen, über die Produktionsmittel, über die Verteilungsmittel, im revolutionären Kampf entreißen und aufrichten die proletarische Demokratie, die proletarische Diktatur

Arbeiter und Ingenieure.

Eigenartige Lehren zieht die SP aus den russischen Vorgängen. Kein revolutionärer Arbeiter zweifelt daran, daß wir zum Aufbau des Sozialismus die Ingenieure usw. brauchen und daß wir sie nur durch Überzeugung dazu gewinnen können. Aber mit bloßen Worten und Broschüren können wir nur eine kleine Zahl sehr weitsichtiger Ingenieure usw. gewinnen. Der Masse nach können wir sie nur überzeugen, wenn wir Worte und Broschüren durch Taten erhärten. Dazu brauchen wir — die Macht. Durch bloße Macht kann man nicht überzeugen, sondern nur durch die richtige Anwendung der Macht. Um die Masse der Ingenieure usw. (und dasselbe gilt von der Masse der Kleinbauern) überhaupt überzeugen zu können, dazu muß vorher die Kardinalfrage revolutionär gelöst sein: die Machtfrage. Der umgekehrte Weg, zuerst die Ingenieure usw. und die Kleinbauern gewinnen zu wollen, um dann die Macht und die Möglichkeit zum Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, das ist der Weg der Sozialdemokratie. Er führt praktisch zur Unterordnung der Arbeiterinteressen unter das Kleinbürgertum und dadurch unter die Kapitalistenklasse. Er führt — zur Festigung des Kapitalismus.

Die Währinger Wahltaktik der Stalinisten.

Um die Massen gegen den blutigen Streich der Bourgeoisie, den wir rechtzeitig signalisierten, leichter mobilisieren zu können, gaben wir zum 24. April 1927 die Losung: Wählt sozialdemokratisch! Es war eine außergewöhnliche Taktik unter außergewöhnlichen Verhältnissen, die vollkommen richtig war und gerade durch den 15. Juli als richtig erhärtet wurde.

Damals schrien die Stalinisten: Die Opposition ist von der SP bezahlt, gekauft.

Ein Jahr später. Wahl in Währing. Das Stalin ZK »stellt frei, für die sozialdemokratische Liste zu stimmen«. So wörtlich in der RF vom 22. März, Seite 3, erste Spalte oben. (Vergrößerungsglas nehmen, denn die Herrschaften haben das so klein drucken lassen, daß es nur wenig Leute gelesen haben. 80 Prozent der zekistischen Mitgliedschaft haben noch heute keine Ahnung von jener interessanten Notiz.)

Erste Frage: Ist das Stalin ZK von der SP bezahlt, gekauft? Wir behaupten das nicht, aber Ihr stalinistischer Verleumder habt uns damit im Vorjahr durch den Kot gezogen (erinnert Euch an Euer Dreckflugblatt Sandor Weiß-Frey, das Ihr in einer Auflage von 500.000 verbreiten liebt!) und wir halten Euch nur Euer Argument vor, um Eure politische Verlogenheit und Unehrlichkeit aufzuzeigen.

Ihr sagt: Aus organisatorischen Gründen war es nicht möglich, in Währing eigene Kandidaturen aufzustellen. Gut. Aber was für Währing zum 25. März 1928, das galt zum 24. April 1927 in ganz Oesterreich: An keiner Stelle von vorneherein hatte die KP Oe (selbst bei geschlossenem Vorgehen mit der Opposition!) auch nur ein Viertel der zu einem Mandat nötigen Stimmen zu gewärtigen. Wenn also Ihr eure Währinger Taktik als richtig erachtet, dann spricht damit Ihr aus. Daß eure Wahltaktik im April 1927 falsch war.

Aber auch eure Währinger Wahltaktik war falsch. Eine solche Taktik war politisch zulässig vor dem Juli. Sie war unzulässig nach dem Juli. Weil die Massen im Juli sinnfällig sahen, daß die SP im Ernstfall nicht auf Seite der Massen sondern praktisch auf Seite der Bourgeoisie steht und weil der Kurs der Bourgeoisie (mit oder ohne Koalitionsspielspiel) geht auf einenzweiten, noch blutigeren Juli.

Schluß mit der Verlogenheit und Unehrlichkeit! Öffene kameradschaftliche Aussprache über Fehler

vor allen Kommunisten, vor der ganzen Arbeiterschaft. So nur, auf leninistischer Grundlage kann und wird sich erheben die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale, die alle Kommunisten einigend sich den Weg öffnet zu den großen Massen.

Schweigen heißt reden.

Der Maiauftritt des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei enthält kein Wort gegen die Arbeitslosigkeit, für die Arbeitslosen. Das spricht Bände!

Trotz Stalin — Sowjetrußland ein proletarischer Staat.

In Sowjetrußland sind die klassenbewußten Arbeiter bewaffnet.

Es gibt politische Fragen, die als untrügliche Prüfsteine wirken. Ein solcher Prüfstein ist für alle linkssozialdemokratischen Oppositionen die Frage der Koalition: Wer auch nur für die entfernteste Möglichkeit die Koalition zwischen Proletariat und Bourgeoisie zugibt, der ist alles nur kein Revolutionär. Erst wer die Koalition prinzipiell ablehnt, beginnt den Boden revolutionärer Politik zu betreten.

Auch für die linkskommunistischen Oppositionen, die heute in allen möglichen Gruppierungen und Schattierungen auftreten, besteht ein solcher Prüfstein: Die Frage des proletarischen Charakters Sowjetrußlands.

Es gibt Gruppen, die ehrlich revolutionär gestimmte Arbeiter umfassen, die Sowjetrußland als bürgerlichen Staat erklären. Z. B. in Deutschland die KAPD und die Korschgruppe. Die Wirkung dieser Einstellung ist konterrevolutionär. Man braucht nur zu durchdenken, was das praktisch bedeutet, wenn Imperialisten Sowjetrußland kriegerisch angreifen.

Es gibt aber auch in den linkskommunistischen Oppositionsgruppen Elemente, die aus Entrüstung über die Stalinpolitik in der verschiedenartigsten Formen das Kind mit dem Bad ausschütten. Z. B. taucht in einzelnen Köpfen die Auffassung auf, bei Fortführung der Stalinpolitik werde sich Sowjetrußland rein revolutionär in einen bürgerlichen Staat verwandeln. Eine Auffassung, die zum Korschismus führen muß, Alle Entartung in Sow-

Zum Österreichischen Roten Frontkämpferbund.

Die Idee des R.F.B. ist ausgezeichnet, ihre Verwirklichung eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse. Aber die Grundlage eines R.F.B., die Grundlage ohne die es nicht geht, ist revolutionäre Politik, geleitet von einer leninistischen KP. Die umgekehrte Auffassung, man könne dem Schein einer KP durch die R.F.B.-Idee auf die Beine helfen, führt zu keinem Erfolg. Das haben wir schon bei der sehr guten Idee der Rußlanddelegationen erlebt, die durch dieselbe falsche Auffassung zu Grunde gerichtet wurde.

Wollt Ihr daß der R.F.B. wächst — macht leninistische Politik!

Können Ihr das? Ihr seid Durchführungsorgane der von Stalin-Bucharin geleiteten K.I. Eine Politik, die die besten Revolutionäre, die besten Kommunisten mit Trotzky nach Sibirien schickt und sie dort hält, obwohl die Tatsachen die Kritik Trotzky's immer mehr erhärten und Stalin gezwungen ist, die positiven Vorschläge Trotzky's durchzuführen (er führt sie falsch und nur zum Schein durch, um die beunruhigte Arbeiterschaft zu beruhigen): eine solche Politik, die sich natürlich in der Politik der österreichischen Stalinpartei auswirkt und auswirken muß — kann eine solche Politik überhaupt Massen anziehen in die Partei, in den R.F.B.? Unmöglich!

Die Grundvoraussetzung des Entstehens eines wirklichen R.F.B. ist die Rückberufung der Verbannten, die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die Partei, die Einigung aller Kommunisten auf leninistischer Basis in einer leninistischen KP, in einer leninistischen K.I.

Rückzug des Staatsanwaltes . . .

Gleich nach dem 15. Juli wurde wegen der Extraausgabe der »Arbeiterstimme«, die die Massen zum Kampf mobilisierte, gegen die Genossen Stift und Frey die Anklage wegen Verbrechens des Aufstandes erhoben. Das Strafverfahren wurde durchgeführt wurde aber jetzt nach langen Monaten eingestellt. Der Ausgang der Geschworenensprozesse hat der Staatsanwaltschaft den Appetit verschlagen.

Polizeiliche Konfiszierung Trotzky's durch die Stalinisten. Vom Gericht freigegeben. Und zahlen werden sie auch müssen!

Unsere Leser erinnern sich, daß wir mit dem Nachdruck von Trotzky's Fluchtschilderung aufhören mußten. Der Verlag Jugendinternationale und der Verlag Viva, beide Berlin, haben uns nicht nur geklagt, sondern auch die polizeiliche Konfiszierung erzwungen. Zweck dieser Uebung war: das Blatt der leninistischen Opposition zu Grunde zu richten. Da aber fast alle Stalinbeamten erst nach dem Kriege in die Arbeiterbewegung getreten sind, so hatten sie keine Ahnung, daß Trotzky die Erstausgabe seiner Fluchtschilderung schon 1909 im Verlag Kaden (Dresden) hatte erscheinen lassen. Diese Erstausgabe hatten wir nachgedruckt. So blieb den Herrschaften nichts übrig als die Klage zurückzuziehen. Sie haben aber (anders hätten sie die polizeiliche Konfiszierung nicht erwirken können) einige Millionen als Kaution erlegen müssen, die sie nun nur mit unserer Zustimmung zurückbekommen können. Natürlich geben wir unsere Zustimmung nur, wenn sie uns den zugefügten Schaden ersetzen. Im Ganzen ein erbaulicher Beitrag zu den Stalinmethoden und eine verdiente Riesenblamage der Stalinbürokratie. — Unsere Leser bitten wir uns mitzuteilen, ob sie wünschen, daß wir den Nachdruck jetzt fortsetzen sollen.

Krieg oder Sozialismus?

Ihr habt den Sozialismus nicht gewollt und dafür werdet Ihr den Krieg haben. Ihr werdet den Krieg für dreißig Jahre haben, wenn die Revolution dieser ebenso unsinnigen wie schändlichen Lage nicht ein Ende bereiten würde. Schießgerichte, europäisches Gleichgewicht, Abschaffung der stehenden Heere, Abrüstung — das alles sind schöne Träume ohne jede praktische Wirkung. Es gibt

keinen anderen Ausweg als die soziale Revolution.

Wenn diese den Boden, die Maschinen, das Rohmaterial und allen gesellschaftlichen Reichtum in die Hände des Arbeiters gegeben und die ganze Produktion reorganisiert hat, dann wird sie den Kriegen ein Ende machen. (Peter Krapotkin, Worte eines Rebellen).

An unsere Leser!

Aus finanziellen Gründen erscheint Nr. 29 verspätet.

Die Verwaltung

DIE ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Als im Jahre 1900 in Pskow eine illegale Konferenz stattfand, bei der beschlossen wurde, die Zeitung »Iskra« (»Der Funke«) herauszugeben, begab sich Lenin mit Potresow ins Ausland, um diesen Beschluß zu verwirklichen. Im Dezember 1900 erschien in München die erste Nummer der »Iskra«, die in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung eine ungeheure Rolle spielte.

»Damals schon legte Gen. Lenin einen großen Wert auf die Briefe und Zuschriften an die Redaktion, die aus den Arbeiterkreisen stammten. Diese Briefe verschaffte sich Gen. Lenin und seine Gruppe; sie wogen sie mit Gold auf und druckten sie zum Zweck des Kampfes gegen die »Ökonomen« ab

(den kommenden Säulen der menschowistischen Partei) indem sie damit zu beweisen suchten, daß die fortgeschrittenen Arbeiter nicht nur eine Erhöhung der Arbeitslöhne wollen, sondern auch die Notwendigkeit einsehen, sich Pistolen zu verschaffen, auf die Straße zu gehen und offen mit der Zarenpolizei zu kämpfen.«

Auch wir, die Redaktion der »Arbeiter-Stimme« werden von nun an den größten Wert auf die Zuschriften und Briefe aus den Arbeiterkreisen stammend legen. Die »Arbeiter-Stimme« soll nicht nur ein Werk einiger Redakteure sein ohne daß der Leser der Arbeiter, darin überhaupt nicht zum Worte komme, wie es fast bei allen proletarischen Zeitungen in Oesterreich der Fall ist, sondern im Gegenteil: Die »Arbeiter-Stimme« soll die Meinungen der Arbeiter widerspiegeln.

Wir legen großen Wert darauf, daß auch sozialdemokratisch Gesinnte oder parteilose Arbeiter die Feder zur Hand nehmen, ihre Meinungen, Erfahrungen und Erlebnisse vom sozialen und politischen Standpunkte aus schriftlich niederlegen und

der Redaktion zur Veröffentlichung einsenden. Selbstverständlich wird das Redaktionsgeheimnis bei uns gewahrt und der Name sowie die Adresse nur auf Wunsch des Einsenders bekanntgegeben. Natürlich werden Zuschriften, die keine Unterschriften, noch Adressen tragen, nicht veröffentlicht. Wir werden alle Zuschriften überprüfen, sofern sie proletarischen Charakter tragen, immer veröffentlichen, auch dann, wenn der Einsender politisch eine andere Auffassung vertritt. In jedem Falle soweit wir die Auffassung des Einsenders nicht teilen, werden wir ganz offen in derselben Rubrik die Antwort geben. Kameradschaftlich und offen werden wir mit den sozialdemokratischen Arbeitern in unserem Blatte diskutieren, nicht verwirrend, abstoßend, sondern aufklärend und überzeugend. Rücksichtslos aber werden wir im Kampf gegen den Gegner, gegen alle Gegner, auch dann, wenn sie den Arbeitern als Freunde erscheinen, auftreten.

Die »Arbeiter-Stimme«, die schon über ein Jahr mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wird auf ihrem vorgeschobenen Posten ausharren, wir rechnen dabei auf die tatkräftigste Unterstützung in redaktioneller sowie in finanzieller Hinsicht seitens der Arbeiterschaft. Schon oft wurde infolge finanzieller Schwierigkeiten das regelmäßige Erscheinen der »Arbeiter-Stimme« gehindert. Immer wieder haben unsere Leser helfend eingegriffen, in dem Bewußtsein, in diesem Blatte die Richtung des unverfälschten Marxismus-Leninismus zu finden.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer wollen wir unseren Lesern eine Tribüne schaffen, von wo aus sie eine offene Sprache führen können. Wir wollen dieser Tribüne den Namen »Rote Volkstribüne« geben und hoffen, daß unsere Leser ausgiebigen Gebrauch machen werden.

Die Redaktion.

Riemens herrühren. Wir fordern die Jugendbehörde auf diesem Wege auf endlich diese Kinder aus ihrem Martyrium zu befreien. Zeugen stellen sich jederzeit zur Verfügung.

Unsere Leser werden sich da fragen, ja was ist denn mit dem Vater dieser Kinder? Weiß der nichts davon, oder schaut er ruhig zu? Der Vater ist vielleicht nicht so roh, aber um nichts weniger gewissenlos als die Mutter. Dazu sind diese Menschen noch gute Sozialdemokraten, die die meiste Zeit im Heim verbringen; angeblich sind sie auch Mitglieder der Kinderfreunde. Welche Ironie!

Sozialdemokratische Genossen! Wie lange wollt ihr euch noch mit solchen Leuten an einen Tisch setzen. Haben solche Leute ein Recht, sich Sozialisten zu nennen?
H. K. XXI

An die Redaktion der »Arbeiter-Stimme«.

Werte Genossen! Mit tiefem innerem Schmerz, eines in der Arbeiterbewegung ergrauten Proleten, lasse ich oft mehr als 20 Jahre Geschichte meiner Partei, — abends, wenn ich meine ermüdeten Glieder zur kurzen Rast lege, um sie zeitig früh wieder für den Unternehmer in Bewegung setzen zu können — vor meinem Gedächtnis vorüberziehen. Aber immer wieder werden mir die schönen Bilder der Vergangenheit durch die häßlichen der Gegenwart verwischt. Ja damals! Als wir noch eine kleine, aber reine Arbeiterpartei waren, damals, als unsere Genossen Führer von den Naderern aufgespürt, noch in die Kerker wanderten, oft und oft von den Pickelmännern arretiert oder von der Lugerplatte verprügelt wurden, ja damals lebte auch in mir ein ganz anderer Geist. Ein wehmütiges Gefühl durchzieht meinen Körper, wenn ich noch auf die Zeiten denke, wo unser Schuhmeier Franzl bei der Prezen in Ottakring mit seinem feurigem Temperament die Zuhörer derart begeisterte, daß ich immer nach Schluß einer derartigen Versammlung eine solche Kraft und Geistesfrische verspürte, daß ich trotz unserer zahlenmäßigen Schwäche mich weit stärker fühlte als heute. Wir waren keine Hunderttausende in Wien, wir waren nur Tausende, aber lauter Arbeiter, in welchen Kampffgeist lebte. Damals waren noch keine Fettwänste in Massen (ich meine die Bürger) bei uns sie liefen alle der Luegerpartei nach. Wir aber waren eine kleine kampferpropte Arbeiterpartei. Wie zitterten die Herrschaften, wenn wir auf die Straße zogen, wer erinnert sich denn nicht an die großen Wahlrechtskämpfe oder Teuerungskämpfe in Ottakring. Keine Husaren noch Bosniaken könnten uns einschüchtern, hier wurden wir vertrieben, dort

tauchten wir wieder auf, immer mit dem Bewußtsein wir werden und müssen siegen.

Und heute? Unsere Partei ist groß und mächtig geworden, im Parlament sitzen einige Dutzend Abgeordnete, im Wiener Gemeinderath haben wir die Mehrheit. Aber o weh! Die Brutalität der Unternehmer wird immer größer, Arbeiter werden in den Straßen des roten Wien wie die Hasen niedergeknallt, Arbeitermörder werden freigesprochen, dafür aber die Arbeiter unschuldig eingesperrt. Anstatt Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen werden Panzerautos und Maschinengewehre angeschafft. Aber unsere Partei scureitet von Sieg zu Sieg. Es ist fast zu verzweifeln wenn man sieht, welchen verhängnisvollen Weg unsere Partei geht. Beinahe wäre ich in der kommunistischen Partei gelandet, wenn nicht die Verbannung Trozky's mich zurückgepreßt hätte. Einstweilen will ich nur ein eifriger Leser der »Arbeiterstimme« sein und trachten, neue Leser zu gewinnen. Ich werde es trotz meines Alters mit demselben Elan tun wie vor laugen Jahren für die »Volkstribüne«.

Mit proletarischem Gruß
M. Fr. XVI.

Wer bekommt eine Gemeindegewohnung?

Bezugnehmend auf den Artikel in der »Arbeiter-Stimme« Nr. 28 unter obigem Titel sei folgendes festgestellt:

Es ist richtig, wie angeführt war, daß Rukteschl Filialleiter des Konsumvereines Jedlese auf die Wohnung im Gemeindegewohnung Pragerstraße reflektierte und dieselbe von Herrn Lötsch zugesichert bekam, wie es im genannten Artikel stand. Nur ist mittlerweile eine Aenderung in dieser Sache eingetreten. Die Angelegenheit ist Herrn Stadtrat Weber zu Ohren gekommen, der einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Weber steht auf dem richtigen Standpunkt, daß Wohnungen nicht leer stehen können, wenn Hunderte auf Wohnung warten. So wurde diese Wohnung an eine andere Partei vergeben und ist seit zwei Wochen besetzt. Wie es scheint, stinkt die Wohnungsgeschichte schon ganz beträchtlich, was auch die Ursache der Aenderung im Wohnungsamt sein dürfte. Daß bloß die pure Ehrlichkeit die Triebfeder des scharfen Eingreifens des Stadtrats Weber ist, ist kaum anzunehmen. Diese Freunderlwirtschaft schafft viel böses Blut in der Mitgliedschaft der S P, denn auch der beste Sozialdemokrat kann nicht einsehen, warum Leute, die ohnedies schöne Wohnungen haben, neue Wohnungen in Gemeindegewohnungen bekommen, während andere, tatsächlich bedürftigere nach vier und mehrjähriger Vormerkung immer noch warten müssen. Solche Fälle von Wohnungszuweisung an Nichtbedürftige könnte ich eine Unmasse aufzählen.

Ich möchte auf diesem Wege die Anfrage richten an die Gemeindeverwaltung und sie um Aufklärung ersuchen, nach welchen Prinzipien bei der Wohnungszuweisung eigentlich vorgegangen wird. Die Herren (Genossen) Gemeindeväter mögen sich äußern.
G. L. XXI.

Bestialische Kindermißhandlung.

Wo bleibt das Jugendamt?

Im Hause XXI., Pragerstraße Nr. 60, wohnt ein gewisser Rohner. Diesem starb vor längerer Zeit seine Frau und hinterließ zwei Kinder. Rohner heiratete nun zum zweitenmale. Seine Frau brachte ebenfalls ein Kind in die Ehe mit. Daß in solchen Fällen die Stiefkinder nicht der mütterlichen Liebe, der sie so sehr bedürfen, von Seite der zweiten Mutter teilhaftig werden, ist bedauerlich, aber leider nichts seltenes. Was aber die Kinder Rohners von einer Bestie in Weibesgestalt auszustehen haben, die das Recht in Anspruch nimmt, Mutter genannt zu werden, spottet jeder Beschreibung. Diese armen Kinder werden von diesem Weibe wegen jeder Kleinigkeit blutig geschlagen. Zweimal wurde schon beim Jugendamt Anzeige erstattet, es kam eine Fürsorgeerin, aber es blieb alles beim alten, die bedauernswerten Kinder bleiben weiter diesem entmenschten Weibe ausgeliefert. Das letzte Vorkommnis veranlaßte nun einige Parteien des Hauses sich an uns zu wenden, wir mögen etwas in dieser Sache unternehmen. Mit Empörung erzählten die Parteien, daß dieser Tage eines dieser Kinder wieder von dieser Frau Rohner blutig geschlagen wurde. Aus einem nichtigen Grund, einfach deswegen weil das Kind die Türe offen ließ, welche vom Winde zugeschlagen wurde, geriet diese entmenschte Frau derart außer sich, daß sie mit einem Riemen blindlings auf das arme Kind schlug.

Als Parteien durch das Schreien des Kindes aufmerksam, in die Wohnung kamen, sahen sie, daß das Kind am Kopfe ein Loch hat. Frau Rohner, zur Rede gestellt, sagte, die Kinder hätten untereinander gerauft, was natürlich eine Lüge ist. Die Wunde dürfte wahrscheinlich von der Schnalle des

Tage, die man nicht vergessen wird.

R. A. nio

Wegen Beteiligung an der Maidemonstration — fünf Jahre Zuchthaus.

Es war im Frühling des Jahres 1923. Der Körper des werktätigen Italiens lag bereits in den Ketten des Faschismus. Eine Bande, die sich das Ministerkabinet nannte, schändete alltäglich und allmächtig die Arbeiterviertel und die Dörfer armer Bauern. Die Gefängnisse waren überfüllt; die Revolutionäre wurden hunderte auf Grund gerichtlicher Urteile hingerichtet oder von gedungenen Banditen auf den Straßen gemuechelt.

Es war derselbe Frühling, wo Matteoti, den später die Faschisten zu Tode quälten, sein Buch über den weißen Terror in Italien schrieb; die Namen allein füllten 150 Seiten seines Buches, es zeigte sich aber, daß dies nur ein Teil der Opfer des Faschismus war, daß die Namen aller erschossenen und gemordeten Revolutionäre niemanden bekannt sind.

Die Dörfer litten unter den unerhörten Steuerlasten und der Gewalttätigkeit der Machthaber. Aus der Provinz kamen Nachrichten, daß die faschistischen Gendarmen die Bauern für rückständige Steuern zu Tode peitschten. Der reiche faschistische Bauer kaufte für einen Pappentstiel das Bauernland und die

Geräte in den Dörfern auf. Auf Feldern, wo noch unlängst moderne landwirtschaftliche Maschinen arbeiteten, quälten sich die Bauern mit veralteten Geräten ab.

Der Statthalter Christi auf Erden — der Papst — rief Gottes Segen auf die Faschisten herab, erteilte ihnen Mandate (sogenannte Indulgenzen) auf das Himmelreich, streute den Massen mit seinen Kunststücken Sand in die Augen, indem er beispielsweise mit einem silbernen Hämmerchen die Thür öffnete, bei deren Durchschreitung den Kapitalisten sämtliche Sünden erlassen werden.

In den Schaufenstern und Empfangsräumen erschienen besondere Aufrufe der päpstlichen Kanzlei an alle Katholiken, in welchen zu lesen stand:

»Ketzer und Abtrünnige suchen sowohl in der Presse als auch auf öffentlichen Versammlungen die gegenwärtige Regierung Italiens zu verleumden, indem sie unerhörte Dinge über sie vorbringen. Wir bitten und empfehlen dringend, heiße Gebete für diese Regierung zu verrichten; wir bitten auch, für die Zuckerfabrikanten zu beten, die unverantwortlich angeklagt werden, für ihre Waren zu hohe Preise zu fordern.«

Es fanden die heißen Kämpfe des Jahres 1923 statt.

Luigi Zampa trug das rote Banner durch die Straßen Roms; hinter ihm her ging die glühende junge Garde in blauen Blusen.

Wir strömten nach dem Herzen Roms.

Wir feierten den 1. Mai des Jahres 1923.

Aus voller Brust sang der blonde, lachende und von uns geliebte Bannerträger die ersten Worte der internationalen Hymne:

»Wacht auf, Verdammte dieser Erde...«

Wie ein Mann fielen wir in die Worte des Liedes ein und marschierten vorwärts — nach dem Herzen Roms...

Wir kamen nicht bis hin: Faschistische Kugeln kreuzten unseren Weg, als erster fiel der Fahnenträger, heißblütig, freudig und von uns geliebt — Luigi.

Ich wurde zusammen mit sieben Arbeitern von einem schnellen und grausamen Gericht abgeurteilt.

Man verurteilte mich für Beteiligung an der Maidemonstration zu fünf Jahren Gefängnis...

Thermidor und Thermidor.

In der großen französischen Revolution haben die bürgerlichen Revolutionäre, die Jakobiner, den feudalen Staat, die feudale Wirtschaftsordnung zerschmettert. Sie brachen eben dadurch Bahn einer neuen Form der Ausbeutung, der kapitalistischen. Mit eisernem Terror traten sie der neuen Ausbeutung entgegen. Ihre Politik hätte Erfolg bringen können nur, wenn ihr Terror gepaart gewesen wäre mit dem Aufbau einer Wirtschaftsordnung, die keine Ausbeutung kennt. Das war damals unmöglich; in der ganzen Welt war 1793/94 auch nicht der geringste Ansatzpunkt zur sozialistischen Produktionsweise gegeben. Die Jakobiner mußten scheitern, letzten Endes an der ökonomischen Unmöglichkeit.

Außerlich haben die Vorgänge in Rußland (Verbannung Trotzkys usw.) große Ähnlichkeit mit dem Vorgängen 1794 in Frankreich. Aber selbst die meisten Linkskommunisten übersehen den entscheidenden Unterschied. Was damals ökonomisch unmöglich war, das ist heute ökonomisch möglich: sozialistische Ansatzpunkte gibt es in Sowjetrußland in Hülle und Fülle, vor allem aber die hochkapitalistische Umwelt Rußlands ist überreif zum Sozialismus.

Der französische Thermidor entsprang der absoluten ökonomischen Unmöglichkeit, er war unvermeidlich.

Die russische Thermidorgefahr entspringt nicht der ökonomischen Unmöglichkeit, sondern der Politik Stalins, der die wirtschaftlichen Schwierigkeiten womit der Aufbau des Sozialismus verbunden ist, gerade weil seine Politik falsch ist, nicht meistert, sondern steigert.

Wir haben keinen Anlaß zum Pessimismus. Der Thermidor in Rußland kann verhindert werden. Das ökonomisch mögliche in politische Wirklichkeit umzusetzen, zu diesem Zwecke der Kurs der W K P und der K I, nämlich alle Kommunisten einigend, richtig, das heißt: leninistisch umstellen, das ist die Aufgabe der kommunistischen Linksoption, die sie leisten kann und leisten wird.

Zur Wahltaktik der deutschen Opposition.

Die Urbansgruppe, die sich Ostern in Berlin zum Leninbund konstituiert hat, hat beschlossen, bei der kommenden (Mai) Reichstagswahl selbständig zu kandidieren. Wir sind und waren schon vor dem Berliner Beschluß der Meinung, daß die deutsche Opposition die bei der gegebenen Lage die einzig richtige Lösung geben müsse: Stimmt für

die KPD! Wir bedauern den Beschluß der reichsdeutschen Genossen. Er wird eine Kluft aufreißen zwischen Opposition und der großen Zahl ehrlich-kommunistischer Parteimitglieder und wird dadurch den Vormarsch erschweren der deutschen Opposition aber auch der anderen leninistischen Oppositionen in allen anderen Ländern.

AUS ALLER WELT

Arbeiterisiko. Im Bergwerk Fushung fanden 470 chinesische Bergarbeiter in plötzlich hereinströmenden Wassermassen den Tod.

»Einigkeit und Reaktion.« »Die Einigkeit hat uns stark gemacht und schützt uns vor der Reaktion« sagt Heß Julius Deutsch. Aber die Reaktion marschiert . . . trotz, ja eben wegen der sozialdemokratischen Einigkeit — im Nichtstun.

Entwaffnung der Arbeiter. Mitte April hat die Bourgeoisie tausend Gewehre, die die Arbeiter während des Umsturzes im Arsenal vermauert hatten, beschlagnahmt — ohne jeder Widerstand der Sozialdemokratie!

Bewaffnung der Bourgeoisie. Schober hat jetzt schon um 2000 Wachleute mehr als vor dem Kriege (im Außendienst). Früher hatten sie nur Säbel und Revolver, jetzt haben sie dazu Polizeiknüttel, Gewehre, Stahlhelme, Maschinengewehre, Panzerautos, Betonfestungen und ein dichtes Radionetz.

Bilanz des Weltkrieges. Mobilisiert waren insgesamt 66.550.000 Menschen, davon fielen 9.263.000, außerdem wurden 16.933.000 zu Krüppeln. Und schon nahm mit Riesenschritten der zweite Weltkrieg.

Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß eine Wirtschaftskrise in der Union heranzieht (vier Millionen Arbeitslose, Sinken der Produktionsergebnisse und Umsätze). Die Produktionskräfte haben sich stärker entwickelt, als die profitable Absatzmöglichkeit. Sollte der Widerspruch bereits so groß sein, daß daraus eine tiefgreifende Krise erwächst, so bekommt die ganze kapitalistische Stabilisierung einen ersten Stoß: die amerikanischen Kapitalisten werden irgendwie den Krieg ankurbeln, um sich auf diese Weise neue Konjunktur zu schaffen.

Rationalisierung. »Eine Rationalisierung, die Kräfte freisetzt, ohne sie in unmittelbarer Folge wieder zu beschäftigen, ist eben keine Rationalisierung«. Diese Weisheit verzapft die »Arbeiter-Zeitung« (11. April). Die Arbeiter leiden nicht unter der Rationalisierung an sich, sondern unter der

kapitalistischen Rationalisierung und die erzeugt und muß erzeugen, das andauernde Freisetzen von Arbeitskräften

Fort mit Nutzen! Wie vorauszusehen war hat sich Neurath zu Stalin orientiert. Gesegnet sei sein Abgang.

GERICHTSSAAL

Wo ist der Pawel?

Als während den blutigen Julitagen eine Extraausgabe der »Arbeiterstimme« erschien, da stürzte sich der Staatsanwalt auf den verantwortlichen Redakteur unserer damals erschienen Extraausgabe, Pawel, Wien, III., Trubelgasse 35, so lautete das Impressum. Aber welche Enttäuschung mußte die Polizei damals erleben, als sie den Auftrag hatte, den Pawel zu fassen. Dieser Pawel wohnte gar nicht dort, ja existierte überhaupt nicht. Aber was tun? Schnurstraks marschierte eine Halbkompagnie Schobergardisten mit Gewehren bewaffnet in die Druckerei. In einigen Minuten war die Festung erobert, den Druckereibesitzer ein Protokoll vorgelegt, welches er in Anbetracht der belagerten Festung freiwillig unterschrieb. Nachdem der Pawel in ganz Wien nicht zu finden war, wurde Gen. Stift gefaßt und gegen ihm die Anklage wegen Verbrechens der Verleitung zum Aufruf erhoben. Bekanntlich aber schmecken moralische Ohrfeigen ebensowenig wie die anderen und nach einem erfolgten Zumd von oben, hat der Herr Staatsanwalt es vorgezogen, alle derartigen Verfahren einzustellen. Aber ganz leer durfte Gen. Stift doch nicht ausgehen. Deswegen verurteilte das Bezirksgericht Döbling weil es den Pawel nicht finden konnte, ganz einfach den Gen. Stift zu 24 Stunden Arrest. Wieso aber der Pawel als verantwortlicher Redakteur auf die Extraausgabe gekommen ist bleibt nach wie vor ein Rätsel.

Stalinmethoden.

Im Dezember vorigen Jahres versuchten Stalinisten eine Konferenz der leninistischen Opposition, die den RFB zum Gegenstand hatte, zu sprengen. Der Sprengungsversuch gelang vorbei. Das eine allerdings erzielten die Stalinisten, daß die Polizei auf die Konferenz aufmerksam gemacht wurde. Die Genossen Sift und Frey wurden so wegen Nichtanmeldung einer Versammlung angeklagt. Da sie aber nachwies, daß es eine auf geladene Teilnehmer beschränkte Versammlung gewesen ist (§ 2), wurden sie freigesprochen.

ÄRZTLICHER RATGEBER

Hier werden Anfragen aus dem Leserkreise unentgeltlich beantwortet, wenn der unten befindliche Kupon beigefügt ist.

Einige aus dem Proletariat hervorgegangene gute Ohnute Aerzte, eifrige Leser der »Arbeiter-Stimme« haben sich erfreulicherweise bereit erklärt, ab dieser Nummer in dieser Rubrik ständig mitzuarbeiten und unseren Lesern unentgeltliche Ratschläge zu erteilen. Wir ersuchen die Genossen davon ausgiebig Gebrauch zu machen.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung.

Von Gen. Energ.

Die Gonorrhoe ist eine Krankheit, die durch die Infektion der Harnröhre durch den »Gonococcus« genannten, mikroskopisch kleinen Erreger hervorgerufen wird. 2—3 Tage nach dem verdächtigen Verkehr tritt Brennen beim Harnlassen auf. Der in einem klaren, durchsichtigen Glas aufgefangene Harn erscheint trübe, es finden sich in ihm Fäden und Flocken, die mit freiem Auge wahrnehmbar sind. Auch tritt gleichzeitig ein äußerst unangenehmer, brennender Ausfluß auf. Es ist rechtzeitig, je früher, je lieber, ärztliche Behandlung aufzusuchen, um den sehr unangenehmen Folgeerscheinungen, wie: Samenstrangentzündungen, Nebenhodenentzündungen und Komplikationen der Prostata (Vorsteindrüsen) vorzubeugen. Der Tripper ist absolut heilbar. Nach der Entlassung seitens des Arztes sind keine weiteren Folgen zu befürchten.

Auch auf die Frau wird vom kranken Mann der »Gonococcus« übertragen. Bei dem bedeutend komplizierteren Bau der Frau treten erklärlicherweise die Erscheinungen oftmals in stärkerem Maße auf, da in der Regel sehr viele Frauen unter Ausfluß leiden, kommt es oft vor, daß dieses sehr wichtige Symptom als bedeutungslos übersehen wird. Bei der Frau erfolgt leicht ein Uebergreifen des Trippers von der Harnröhre auf den Gebärmutterhals. Die Behandlung ist eine langwierigere als beim Mann, da sich in den

kleinen, ringsum die Harnröhreöffnung befindlichen Drüsen die Erreger auch jahrelang halten können und zu einer Quelle stets erneuerter Ansteckung werden. Frühzeitige ärztliche Behandlung tut auch hier not.

Für beide Geschlechter gilt als unumstößliches, von menschlicher Rücksichtnahme diktiertem Prinzip: Unterlassen jedes Verkehrs während der Krankheitsdauer.

Ebenso müssen die Hände peinlich sauber gehalten und jede Berührung mit den Augen vermieden werden. Kinder sind unbedingt vom gemeinsamen Gebrauch der Toilettegeräte fernzuhalten.

Und schließlich sollte ohne jede falsche Scham und unbegreifliche Rücksichtnahme vonseiten jedermanns der ansteckende Partner den Gesundheitsbehörden angezeigt werden, da nur auf diese Art und Weise der Tripper, diese furchtbare Geißel der Menschheit zum Verschwinden gebracht werden kann. (Fortsetzung folgt.)

Als Bezieher der »Arbeiterstimme« steile ich die mitfolgende Anfrage an den »Ärztlichen Ratgeber«.

Name:

Genauere Adresse:

Giltig bis 1. Juni 1928.

JURISTISCHER FRAGEN-ANTWORTKASTEN

§§§

In dieser Rubrik erteilen wir unseren Lesern in allen Fragen des Rechtslebens unentgeltlichen Rat. Anfragen sind an unsere Redaktion, Wien, III., Mohngasse 35-27 a unter Anschluß der betreffenden Kuponen zu richten und werden in der Folge ihres Einlangens, mit einem, vom Einsender angeführtem Stichwort in dieser Rubrik beantwortet.

KOUPON.

Juristischer Frage- und Antwortkasten

vom 1. Mai 1928.

Giltig für Anfragen bis 1. Juni 1928.

BRIEFKASTEN

L. P. Wir sind über die Zerschlagung des R. F. B. X. durch die Bundesleitung bereits informiert. Es ist richtig, daß Gen. P. W. seiner Funktionen enthoben wurde. Falsch wäre es aber daraus jene Konsequenzen zu ziehen, die Du in Deinem Schreiben anführst.

K. J. Wir haben schon immer vor Simon gewarnt. Aber was nützt es das Z. K. der K P Oe darauf aufmerksam zumachen, ihnen ist es gleichgültig wer er ist, Hauptsache ist: Er steht bedingungslos hinter dem Z. K.

Roter Matrose: Du bist über Thot Franz (Landstraße) empört, insbesondere deswegen weil er in einer Mitgliederversammlung beim Fuchs (Rennweg) in einer mit Phrasen gespickten Rede erklärte: »Trotzky gehört schon lange an die Wand gestellt und erschossen.« Da hast Du allen Grund gegen Thot empört zu sein, überhaupt wenn Du seine Handlungen aus der Militärzeit kennst und weist zu welcher Sorte von Auchkommunisten er gehört. Sollte dieser Herr mit seinen Geschimpfe nicht aufhören, dann werden wir ihn etwas genauer unter die Lupe nehmen.

Leninist. Du glaubst, weil Bibring gegen das Z. K. wettert, daß er opposituell ist. Du irrst.

Graphiker. Die Notiz wurde von der Oppositionsleitung mißbilligt. Die Preiserhöhung war eine Folge der Erhöhung der Druckkosten.

Mandolinen- und Gitarrespieler Achtung!

Zwecks Gründung einer Arbeiter-Mandolinen-Gitarrensektion, machen wir unsere Parteigenossen sowie die Leser der »Arbeiterstimme« aufmerksam, daß Ihnen die Möglichkeit gegeben wird, kostenlos unterrichtet zu werden. Wir hoffen, daß sich zahlreiche Bewerber melden werden. Ueber den Beginn der Übungsabende werden die Genossen oder Genossinnen nach erfolgter Anmeldung schriftlich verständigt werden.

Zuschriften sind zu richten an den Gen. Franz Grünwald, Wien, XX., Engerthstraße 101, Stiege 18-14

Pressfond.

An die Wiener Organisationen. Von dem Reinertrag aller Bezirksveranstaltungen sind ab 2. Mai zehn Prozent dem Pressfond abzuführen.

Der Parteivorstand.

Spenden der Bezirksorganisationen
Margareten: G. Schauer 6.—, K. A. 9.—,
Karl D. 5.—, Kralik 3.—, Pejda 0.50, F. Sch. 5.—,
M. 0.50, Peter 1.—, Zilins 1.—, A. E. 4.— Schilling

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition)
Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236
Verantwortlicher Redakteur: Leopold Stift, III., Mohngasse 35/27a
Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau«, Wien, III., Custozzagasse 8